

Der Staat ist nicht allmächtig

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

geschrieben von Olaf Zimmermann

Die Stärke der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist ihre inhaltliche Unabhängigkeit und ihre Verortung im kulturellen Geschehen in Deutschland und in den Ländern, in denen sie arbeitet.

Die Präsentation von Kultur aus Deutschland ist dabei ein ebenso wesentlicher Aspekt wie die Vermittlung der deutschen Sprache, die insbesondere in den Deutschen Auslandsschulen und durch das Goethe Institut erfolgt. Kulturaustausch bedeutet aber ebenso das Gespräch mit Künstlerinnen und Künstlern in den Ländern, in denen Auslandsinstitute und Künstlerresidenzen bestehen. Lange schon gehört zu den Residenzprogrammen beispielsweise in der Villa Massimo oder anderen deutschen Künstlerresidenzen, dass die Künstlerinnen und Künstler ihre Arbeiten dort präsentieren, dass sie ihre Arbeit zur Diskussion stellen und in den Diskurs mit ihren Kolleginnen und Kollegen treten. Mindestens genauso wichtig ist, dass Künstlerinnen und Künstler aus den unterschiedlichen Ländern ihre Werke in Deutschland zeigen. Dies gehört ebenso wie gemeinsame Forschungsvorhaben oder Ausstellungsprojekte zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und geht weit über die Aktivitäten von großen Playern wie der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hinaus, die weltweit vernetzt ist und mit Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Ländern zusammenarbeitet. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten ist die Kapazitätsbildung im Museumsbereich eine wesentliche Fragestellung. Hier geht es um Beratungsleistungen für Museen beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent. Neben den großen Institutionen wie beispielsweise dem Goethe Institut, dem DAAD, dem Institut für Auslandsbeziehungen, der Deutschen Welle und anderen mehr gibt es auch zahlreiche Vereine und Organisationen, die zwar nicht die gleiche Reichweite haben, sich gleichwohl intensiv und nachhaltig engagieren. Zu denken ist etwa an Städtepartnerschaften. Sie leben von Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören zum Beispiel auch gegenseitige Besuche von Laienchören, Austausch von Ausstellungen eher regional bekannter Künstlerinnen und Künstler und vieles andere mehr. So manche Schulpartnerschaft ist aus einer Städtepartnerschaft erwachsen. Gerade die Städtepartnerschaften können weltweit Verbindungen schaffen. Sie leben neben der institutionellen Partnerschaft, die über die Stadtoberhäupter gepflegt werden, in besonderem Maße vom bürgerschaftlichen Engagement. Das ist ihre Stärke und Schwäche zugleich. Stärke, weil sie von der Begegnung und dem Engagement der Menschen lebt. Schwäche, weil es oftmals schwer ist, Kontinuität zu gewährleisten.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik braucht Verlässlichkeit und eine sichere Finanzierung. Es dauert oftmals Jahre, bis Vertrauen aufgebaut wurde und verlässliche Verbindungen bestehen. Es ist daher zentral, dass über Legislaturperioden hinausgehend das feine Geflecht der verschiedenen Akteurinnen und Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gepflegt und unterstützt wird. Nur so ist eine dauerhafte Kooperation mit den verschiedenen Partnern im Ausland möglich.

Das besondere Kennzeichen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist, dass sie im Kern staatsfern organisiert ist. Die Goethe Institute sind eben keine Instituts Français, die den französischen Staat repräsentieren. Die Deutsche Welle ist kein Staatssender, sondern ein staatsferner öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ist nicht staatlich gelenkt, sondern lebt die im Grundgesetz garantierte Wissenschaftsfreiheit. Die Kirchen machen im In- und Ausland ihr Ding, selbstverständlich in eigener Verantwortung. Der Jugendaustausch im Deutsche-Französische und Deutsch-Polnische Jugendwerk ist eingebunden in die Arbeit der jugendpolitischen zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände.

Städtepartnerschaften sind Aktivitäten der einzelnen Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung. In den deutschen Künstlerresidenzen im Ausland arbeiten Künstlerinnen und Künstler für einen abgegrenzten Zeitraum. Ausgewählt werden sie von unabhängigen Fachjurys, nicht von Ministerien oder Botschaften.

Die Staatsferne der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist ihre Stärke. Ja, die meisten Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden staatlich gefördert. Sie sind zwar Zuwendungsempfänger des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt, des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, aber von Weisungen unabhängig. Sie sind keine Auftragnehmer, die einen bestimmten festumrissenen Auftrag erfüllen müssen, sondern sie definieren eigenständig ihre Aufgaben und verhandeln dann mit den Zuwendungsgebern über die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Doch diese Unabhängigkeit ist in Gefahr. Immer öfter wird in der auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit von staatlichen Stellen kleinteilig in die Arbeit eingegriffen, es werden immer öfter weitreichende Vorgaben gemacht. So mancher Zuwendungsgeber gibt allzu deutlich zu verstehen, dass er, da er am Geldhahn sitzt, auch die Inhalte bestimmen will. Doch erkennt ein solches Vorgehen die Stärke und das Potenzial unabhängigen Handelns zivilgesellschaftlicher Organisationen, und es gefährdet unser demokratisches Gemeinwesen, das dem Staat gerade keine Allmacht zubilligt.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik pflegen Kontakte zu Organisationen vor Ort, sie kennen die Kulturszene in anderen Ländern, sie sind verbunden mit Universitäten und Hochschulen weltweit, sie arbeiten kollegial miteinander, sie fußen auf bürgerschaftlichem Engagement und vor allem haben sie noch Gesprächskanäle, wenn die politische Zusammenarbeit zwischen Staaten schwierig ist.

Die sehr unterschiedlichen Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik tragen zum Bild Deutschlands in der Welt bei. Eines demokratischen Deutschlands. Wir können stolz darauf sein, dass unser Staat nicht allmächtig ist! Wir müssen sicherstellen, dass das so bleibt.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 9/2025](#).